

Parlamentsvertagung in Oesterreich.

Wien, 20. Dezbr. (Priv.-Tel.) Mit herzlichen Weihnachtsgrißen hat heute der Präsident Dr. Groß das Abgeordnetenhaus in die Ferien entlassen und in seiner Ansprache betont, daß das Haus in den verflochtenen Monaten nicht nur eine gewaltige Arbeit geleistet, sondern auch seine eigene Stellung gefestigt habe. Die geleistete Arbeit wird niemand bestritten, aber daß das Haus auch seine eigene Stellung gefestigt habe, wird in weiten Kreisen der Bevölkerung nur mit Kopfschütteln vernommen werden. Keine Tagung hat noch so wie diese gezeigt, daß Oesterreich in der jetzigen Form konstitutionell-parlamentarisch überhaupt unregierbar ist und eine fundamentale Umgestaltung vornehmen muß, wenn es regierbar gemacht werden soll. Man braucht sich nur der Pläne zu erinnern, mit denen das Kabinett Graf Lam-Martinic das Haus einberufen hat und damit zu vergleichen, bei welcher Situation jetzt das Kabinett Seidler hält, um zu erkennen, wie mächtig die Verletzung des Staates eben durch dieses Parlament und seine Parteiverhältnisse gefördert worden ist. In der Absicht, dem Staate die Grundlagen zu geben, die in diesem Krieg sich als unentbehrlich erwiesen haben, ist die Regierung vor das Parlament getreten. Sie ist bestrebt, in recht milden und vorsichtigen Erklärungen die gegen die Existenzbedingungen des Staates gerichteten Forderungen der Tschechen und Südslawen abzuweisen. Unter Ausnützung des Schlagwortes von der Selbstbestimmung der Nationen fordern diese Völkerschaften die Bildung eines mit allen Attributen der Souveränität ausgestatteten Staates, wie er in den Rezepten der Entente zur Auflösung und Entwaffnung der österreichisch-ungarischen Monarchie enthalten ist. Daß man auch der Regierung die Stärke zutrauen, sich dieser utopischen Forderungen zu erwehren? Hatte sie doch kein Mittel, offene Erklärungen an den Feind zu verhindern und deren indirekte Wirkung auf die eigene Front zu verhüten. Mehr als einmal haben die feindseligen Parteien bei den Abstimmungen sogar Mehrheiten erlangt. Es ist also keine Täuschung darüber möglich, daß gerade durch die Vertagung die Frage gebieterisch auf die Tagesordnung gestellt worden ist, unter welchen Bedingungen Oesterreich überhaupt als Staat noch möglich ist. Es ist zu hoffen, daß der Frieden selbst die einzig denkbare Lösung bringt, die nicht in der Kapitulation vor den kleinvölkischen Imperialismen bestehen kann, sondern nur in der Sicherung einer staatsstreuen nationalen Abwehrmehreheit, an welcher alle Auflösungsversuche von vornherein scheitern müßten. Erst dann kann in den verheerten Völkern der Ernüchterungsprozeß beginnen, der die Voraussetzung eines konstitutionellen parlamentarischen Regimes in Oesterreich ist.